



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Förderung von Beratungsangeboten für LGBTIQ* verstetigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Förderung von Beratungsangeboten für queere Menschen, deren Angehörige und Fachkräfte zu verbessern.

Die Nachfrage nach Beratung und Unterstützung ist hoch, sodass bei den Beteiligten des Modellversuchs derzeit nicht alle Anfragen bearbeitet werden können. Um den Ratsuchenden gerecht werden zu können, ist daher eine bessere Finanzierung als die bisherige nötig sowie die Ausweitung der Förderung auf weitere Beratungsangebote.

Begründung:

Bereits die Anhörung im Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie im Jahr 2019 hat gezeigt, dass der Ausbau der Beratungsinfrastruktur für queere Menschen dringend nötig ist. Vor allem zwischen Stadt und Land wurde ein eklatantes Gefälle offensichtlich. Jugendliche und Erwachsene mit einem trans*/inter*-Hintergrund warten teilweise weit über ein Jahr, um in Städten Beratungs- und/oder Behandlungstermine zu erhalten, weil es auf dem Land keinerlei Angebote gibt. Das bedeutet eine extreme psychische Belastung für Betroffene.

Die bestehenden Angebote sind mit der hohen Nachfrage zunehmend an der Leistungsgrenze. Deshalb ist es notwendig, die Beratungsstrukturen des derzeitigen Modellprojekts langfristig zu etablieren. Wichtig ist dabei auch die Erhöhung der finanziellen Förderung, da beispielsweise eine halbe Fachkraftstelle wie am Standort Landshut die Nachfrage bei Weitem nicht decken kann, da neben Betroffenen beispielsweise auch andere Fachkräfte oder Schulen vor Ort nach Beratungsangeboten fragen. Die Ausweitung der Förderung auf weitere Beratungsstellen bzw. die Aufstockung der Personalstunden an bisherigen Standorten in Bayern muss daher dringend geprüft werden.